Tschüss - byebye – do widzenia

Wenn ich immer alle Regeln befolgt hätte,
hätte ich es nie zu etwas gebracht. – Marilyn Monroe

Nach nahezu 30 Jahren Leitung der Geschäftsstelle des Forums Umwelt verabschiede ich mich zum 1.Mai. 30 Jahre sind eine lange Zeit, und man sollte seinen Hut nicht ganz ohne ein paar Worte zum Abschied nehmen. Ich habe mir überlegt, ob ich garnichts sage, ob ich einige Platitüden sage, oder doch eine ehrliche Bestandsaufnahme mache. In einem Land, wo eine grosse Mehrheit inzwischen das Gefühl hat, man könne seine Meinung nicht mehr frei sagen, mache ich es dennoch. „*Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat*“, sagte Rosa Luxemburg, und sie hat recht.

Als ich im September 1996 beim Forum in den Räumen der kleinen DNR-Geschäftsstelle am Godesberger Kurpark in Bonn anfing, gab es ausser mir noch zwei halbe Stellen beim Forum. Der Haushalt 1996 betrug 685 000 Deutsche Mark. E-Mail gab es noch nicht, dafür ein Faxgerät. Mein Vorgänger hinterliess mir keinen Computer, dafür ein Diktiergerät. Zu Sitzungen lud man noch per Drucksachen-Rundsendung ein – und die Anrede lautete meist »Sehr geehrte Damen und Herren«. E-Mail gab es erst 1998, anfangs etwa 10 Mails für die ganze Geschäftsstelle am Tag. Als ich im selben Jahr die erste Internetpräsenz des Forums einführte, meinte die DNR-Geschäftsführung noch, »so etwas brauchen wir nicht«.

Internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik war noch eine ziemlich neue Sache, obwohl die Rio-Konferenz von 1992 – der Gründungsimpuls des Forums – schon vier Jahre her war. Vor wichtigen UN-Konferenzen boten wir Journalisten-Workshops an, meist gut besucht, damit die Hintergründe besser verstanden wurden. Meine erste grössere Veranstaltung mit dem Forum war das Symposium zur UN-Sondergeneralversammlung Rio+5 im Juni 1997 – von dem ich am Ende selbst gar nicht viel mitbekam, weil an diesem Tag mein Sohn geboren wurde.

Feste Mitgliedschaften hatte das Forum damals nicht, es galt die Devise »wer im Forum mitmacht, ist Mitglied«. Das waren durchaus viele, insgesamt war die Mitgliedschaft deutlich pluralistischer und repräsentativer für die Gesellschaft als es heute der Fall ist. Es gab eine ganze Reihe Arbeitsgruppen, die heute nicht mehr existieren, weil sich die deutschen NRO für manche Verhandlungsprozesse nicht mehr interessieren, wie etwa Desertifikation, Habitat, oder auch Lokale Agenda 21 oder Tourismus. Viele Fachreferenten aus den Mitgliedsorganisationen hatten im Forum viel mehr inhaltliche und formale Freiheiten als bei ihren eigentlichen Arbeitgebern, was ein wesentlicher Antriebsmotor dafür war, dass das Forum wachsen und gedeihen konnte. Der UN-Nachhaltigkeitsprozess rund um die Commission for Sustainable Development (CSD), später das High-Level Political Forum on Sustainable Development (HLPF), die Rio-Konventionen, die Welthandelsorganisation WTO, die diversen Verhandlungsprozesse um Chemikaliensicherheit, aber auch Themen ohne »eigene« Verhandlungsprozesse wie Wälder, Wasser oder Meere – alles das haben wir mit den Mitteln des Kernhaushalts und mit vielen zusätzlich eingeworbenen Projektmitteln zuverlässig bedient und das koordiniert, was die Mitgliedsverbände koordiniert haben wollten, mal mehr, mal weniger.

Wir haben Ende der 1990er Jahre im Zuge der – erwartungsgemäss enttäuschenden – Rio+5-Bilanzierung immer stärker darauf gesetzt, das Bündnisprojekt Forum weiter zu verbreitern. Anlassbezogen gründeten wir immer wieder neue Bündnisstrukturen, etwa zum

Welternährungsgipfel 1996. Im Kontext der weltweit stark wachsenden Bewegung gegen die neoliberal geprägte Globalisierung und die WTO lancierten wir die Welthandelskampagne »Gerechtigkeit Jetzt« - explizit nicht als Lobbyprojekt, sondern als Bewegungsprojekt. Sie trug nicht nur dazu bei, dass das Globalisierungsthema auf deutsche Strassen und in deutsche NGOs getragen wurde, sondern entwickelte bald auch eine gewisse Renitenz gegenüber den Wünschen vieler NGO-Funktionäre. Sie nahm von ihnen keine Anweisungen entgegen, sondern bezog ihre politische Ausrichtung von offenen Aktionskonferenzen. Alles das trug dazu bei, dass sie 2007 wieder eingestellt werden musste, weil sie nicht mehr finanziert wurde.

Eine ganze Reihe internationaler Konferenzen am Standort Bonn sorgten Anfang der 2000er Jahre immer wieder für Highlights. Es begann mit den Klimakonferenzen 1999 und 2000, wo wir nicht nur Gastgeber für die internationalen NGOs waren, sondern auch für die deutsche Politik ein umfangreiches Begleitprogramm auf die Beine stellten. Auch die Internationale Wasserkonferenz 2001 war ein Highlight und brachte Umwelt- und Entwicklungs-NGOs zum Wasserthema zusammen, mit dem Resultat der Gründung der AG Wasser des Forums. Die internationale Konferenz für Erneuerbare Energien »Renewables 2004« wurde von der Bundesregierung auch auf unser Drängen hin veranstaltet – mit umfangreichem Vor- und Nachlauf. Als Begleitprogramm luden wir 50 NGO-Aktivisten aus aller Welt zu einer einwöchigen Tour durch Deutschland zur Besichtigung von Herstellerfirmen und Betriebsstätten erneuerbarer Energien ein. Bei der Renewables-Konferenz wurde auch das internationale NGO-Netzwerk für erneuerbare Energien CURES aus der Taufe gehoben: Citizens United for Renewable Energies. Es sollte die neu entstehende IRENA, die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien, begleiten. Die IRENA-Gründung zog sich aber dermassen lange hin, dass CURES unterwegs sanft entschlief. 2008 fand die UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn statt, wo wir ebenfalls ein grosses Begleitprogramm, gemeinsam mit dem DNR, vor allem zu den Entwicklungsfragen von Biodiversität zusammenstellten.

Mit der russischen G8-Präsidentschaft 2006 begann das Zeitalter der umfassenden NGO-Outreach-Dialoge im G8-Prozess, später auch G7 und G20. Im darauffolgenden Jahr 2007 hatte Deutschland die G8-Präsidentschaft und kam (nicht ganz freiwillig) nicht mehr darum herum, manche der russischen »Innovationen« zu übernehmen, wie etwa einen öffentlichen Dialog der G8-Sherpas mit internationalen NGOs in der Bonner Beethovenhalle. Gemeinsam mit Venro koordinierten wir seitdem diese Prozesse. Ein Highlight war auch die Hamburger Civil 20 Konferenz 2017, bei der sich sogar die Kanzlerin für 90 Minuten blicken liess.

Die grösste internationale Konferenz, die das Forum je gemacht hat, war »Sustainable Bioenergy – Opportunities and Challenges« im Oktober 2006, gemeinsam veranstaltet mit der United Nations Foundation im ehemaligen Bonner Bundestag. In der Bioenergie-Debatte gab es deutlich unterschiedliche Positionen und Interessen quer durch die Forums-Mitgliedschaft – eine Debatte, für die es letztlich keine abschliessende Lösung gibt, aber die wir gut moderiert haben.

Eine enorme Herausforderung war der Umzug nach Berlin, der sich irgendwann – 2007 - nicht mehr vermeiden liess. Unzählige Male fuhr ich morgens um 6 Uhr von Bonn nach Berlin, um abends um 23 Uhr wieder zurück zu sein, jahrelang. Aber am Ende waren es die Summe der vielen Termine, bei denen man gesagt hat, »dafür fahre ich doch nicht nach Berlin«, die mich am Ende doch dazu brachten, umzuziehen. Leider wollten ausser mir niemand in der Bonner Geschäftsstelle nach Berlin, so dass wir am Ende einen kompletten Personalaustausch hatten. Das war, vorsichtig formuliert, alles andere als einfach.

Mit dem Projekt »CDM Watch« übernahm das Forum 2008 ein internationales Projekt, das zunächst den »Clean Development Mechanism« (CDM) der Klimakonvention und später den Emissionshandel insgesamt kritisch begleitete. Ursprünglich war es für Bonn als dem Sitz des

UN-Klimasekretariats geplant, kam dann aber doch nach Brüssel und expandierte rasch aufgrund einer Leiterin, die sich als ein wahres Fundraising-Genie herausstellte. 2013 machte sich das Projekt als eigener Verein selbständig und heisst heute Carbon Market Watch.

Ende 2006 kam aus der damaligen AG Klima des Forums der Anstoss zur Gründung der Klima-Allianz, der im März 2007 vollzogen wurde. Auch dies war eines der vielen Projekte des Forums, das von der Arbeitsebene in vielen NGOs an ihren Führungsebenen vorbei vorangetrieben wurden. Der Arbeitsebene geht es eben meist mehr um das Thema und weniger um die Verbands-Profilierung. 2008 bekam die Klima-Allianz einen wahren Geldregen von der neugegründeten European Climate Foundation zur Gründung einer Kampagne gegen neue Kohlekraftwerke. Die Kampagne war sehr erfolgreich und hatte schon nach wenigen Jahren kein neues Kohlekraftwerk mehr, das noch verhindert werden konnte. Von der Klima-Allianz trennten wir uns 2013 – vordergründig, weil sie uns zu gross und zu aufwändig wurde, aber der wahre Kern waren auch zunehmende politische Spannungen. Je einflussreicher grüngetränkte kirchliche Funktionsträger wurden und je mehr die Klima-Bewegung quasireligiöse Züge annahm, desto schwieriger wurde es für mich, dort noch mitzumachen.

Das bisher grösste Projekt des Forums ist die Kampagne »Meine Landwirtschaft«, die nach der ersten »Wir haben es satt«-Demonstration 2010 gegründet wurde. Auch sie war ein Projekt, das von Leuten aus der Arbeitsebene unterschiedlichster Organisationen an ihren Chefetagen vorbei vorangetrieben wurde. Umweltorganisationen und Bauern, das konnte ja nicht gutgehen. Es ging aber gut, und nach dem durchschlagenden Erfolg der ersten Demo 2010 war klar: das machen wir weiter. Das Forum konnte sich dem Wunsch, das künftige Kampagnenbüro bei uns anzudocken, kaum entziehen. 16 Jahre später gibt es die Kampagne immer noch, die meiste Zeit argwöhnisch beäugt von Funktionären aller Seiten, denen ihre eigene berühmt-berüchtigte »Sichtbarkeit« wichtiger ist als alle Inhalte.

Diese Sorte Probleme hatte natürlich auch das Forum selbst immer wieder. Das charakteristischste Beispiel dafür war vielleicht das Forums-Plenum 2007. Da gab es eine Arbeitsgruppe mit dem Titel »*Die »Generation Praktikant« gegen die NGO-Apparatschiks oder: warum haben so viele gute Nachwuchskräfte keine Chance bei den NGOs*«. Einer dieser Apparatschiks aus einem sehr einflussreichen Verband rief mich wütend an und wollte wissen, wen ich damit meine. Lächelnd antwortete ich: »*mich selbst natürlich, oder an wen hast du gedacht?*« Wortlos legte er auf und blieb mir seitdem in herzlicher Abneigung verbunden.

Die erfolgreichste Kampagne des Forums war vermutlich die Kampagne gegen das geplante Freihandelsabkommen USA-EU mit der Abkürzung TTIP. Sie wurde in der AG Handel des Forums ausgebrütet, nachdem dieses Projekt Anfang 2013 lanciert wurde. Das erste Bündnistreffen im Juni 2013 und eine anschliessende Aktion vor der EU-Vertretung waren ein durchschlagender Erfolg und übertrafen alle Erwartungen bei Weitem. Das Bündnis »TTIP-Unfairhandelbar« bekam riesigen Zulauf und inspirierte auch grosse andere Organisationen dazu, zu TTIP zu mobilisieren und Grossdemonstrationen zu veranstalten. TTIP war drei Jahre später mausetot, und auch das Kanada-Abkommen CETA wäre erledigt gewesen, wenn nicht bestimmte Parteien wieder mal vor der Wahl versprochen hätten, es abzulehnen und anschliessend es doch durchgewunken haben. Das Bündnis arbeitet heute als »Netzwerk Gerechter Welthandel« weiter.

2015 dockte beim Forum das neugegründete »Global Youth Biodiversity Network« (GYBN) an – ein erstaunliches Netzwerk, das vor allem in Ländern des globalen Südens junge Menschen zum Engagement für Biodiversität und auch die UN-Biodiversitätskonvention motivierte. Sie tun dies in der Regel jenseits der traditionellen multinationalen westlich dominierten NGOs, die im Süden oft keinen guten Ruf haben. Solche Leute unkompliziert zu unterstützen, habe ich immer für eine wichtige Aufgabe des Forums gehalten, gerade weil viele Apparatschiks grosser NGOs das anders

sehen. Inzwischen hat GYBN das Forum allerdings wieder verlassen und seinen Standort in die USA verlagert. Das wild wuchernde deutsche Steuerrecht führte dazu, dass der Standort Deutschland mittlerweile selbst im Non-Profit-Bereich nicht mehr wettbewerbsfähig ist.

Das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium beriefen mich immer wieder in allerlei Beiräte, zu Rohstoffen, Handelspolitik, Energiefragen, oder auch Nachhaltigkeit allgemein – gerade weil ich eine unabhängige Meinung einbrachte und nicht nur sagte, was die Ministerialen hören wollten. In der Multistakeholder-Gruppe der internationalen Rohstofftransparenz-Initiative EITI war ich 10 Jahre lang von Anfang an und fand es sehr interessant, wie die einzelnen »Stakeholder« nach und nach aus ihren anfangs eher festgefahrenen Positionen herauskamen. Wie ausgeprägt die tatsächliche Offenheit der Regierung für diese Beratung war, war natürlich sehr unterschiedlich: oft genug waren diese Beiratssitzung auch eine Art ritualisiertes Abfragen ohnehin bekannter Stakeholder-Positionen. Eine gewisse Ausnahme war Sigmar Gabriel, sowohl als Umwelt- als auch als Wirtschaftsminister. Die Diskussionen in seinem TTIP-Beirat waren inhaltlich auf hohem Niveau und spannend. Am Rande einer UNEP-Konferenz 2006 in Dubai lud Gabriel die deutsche Delegation zum Empfang auf die Dachterrasse des Burj al-Arab. Dann lud er spontan einen Vertreter der Energiewirtschaft und mich an einen eigenen Stehtisch mit ihm und bat uns, eine Viertelstunde zu diskutieren, welche Empfehlungen wir ihm geben sollten, während er nur zuhörte. Gabriel war einer der immer seltener werdenden Minister, die nicht einfach nur ihre Rolle spielten.

Ein Projekt besonderer Art war die Science-Fiction-Konferenz »Schöne Neue Welt« im November 2018 – ein wunderbarer Ausflug in die Welt von Kunst und Theater, von Rollenspiel und Ästhetik. Um zu der Konferenz zu gelangen, wurde man ins Jahr 2048 versetzt. Die Möglichkeit der Zeitreise eröffnete auch die Möglichkeit, prominente Redner aus anderen Zeiten für die Konferenz zu gewinnen: Aldous Huxley, oder Margaret Thatcher, oder Antonio Gramsci.

Wie wird die Welt im Jahr 2048 aussehen? Gibt es sie dann überhaupt noch, oder hat der ständig prognostizierte Weltuntergang bis dahin bereits stattgefunden? Und vor allem: Warum ist sie so geworden, wie sie geworden ist? Die Zukunft präsentierte sich in 2 gegensätzlichen Varianten. Beide, Plan A und Plan B, setzten immerhin voraus, dass die Welt bis dahin nicht untergegangen ist. Nach der mit viel Kultur angereicherten Veranstaltung sollten wir hoffentlich besser verstehen, was wir in der Gegenwart tun müssen, um die Zukunft tatsächlich zukunftsfähig zu machen und nicht nur davon zu reden. Denn: Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, statt nur Sachzwängen hinterherzulaufen, müssen wir besser verstehen, wie die Gegenwart geändert werden kann. Blickt man 8 Jahre später zurück, muss man konstatieren: vieles ist aktueller denn je, aber in anderer Weise als erwartet. In mancherlei Weise ist so mancher Teil der Utopie zur Dystopie geworden, und Utopie und Dystopie präsentieren sich immer öfter nicht mehr als Entweder-Oder, sondern als Sowohl-Als auch. Der rote Faden der Schönen Neuen Welt, der ewige Dualismus Unten gegen Oben, das ewige Spannungsfeld von »Power to the People« und Populismus, ist heute jedenfalls aktueller denn je.

Für alle diese Dinge haben beim Forum in den letzten 30 Jahren 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bonn, Berlin, Brüssel und anderswo gearbeitet. Ihnen allen gebührt mein herzlicher Dank. Es war mir eine Freude und ein Vergnügen, das alles mit euch zusammen zu wuppen. Wir haben eine dreistellige Zahl von Projektanträgen zusammen gemanagt, mit einem Gesamtumsatz von über 31 Millionen Euro.

Alles das wären eigentlich Gründe, mit einer gewissen Zufriedenheit zurückzublicken und zu gehen. Stattdessen habe ich äusserst gemischte Gefühle bei diesem Rückblick, wenn ich mir die die heutige »NRO-Landschaft« ansehe. Sie ist in vielerlei Hinsicht völlig anders als diejenige von 1996. Aber das gilt natürlich auch für das ganze Land. Dennoch: Schon lange frage ich mich,

wofür ist diese ganze NRO-Szene überhaupt da? Sind »wir« eine Gruppe Interessenvertreter, die im Wettstreit mit den ebenso legitimen Interessen anderer versuchen, das Beste für die ganze Gesellschaft zu erreichen? Oder vielmehr eine kleine Gruppe elitärer Besserwisser, die mit erhobenem Zeigefinger dem Rest der Gesellschaft sagen, wo es lang geht und welche Diskurse legitim sind und welche nicht? 1996 waren wir definitiv ersteres. Ob das heute noch so ist, ist eine andere Frage.

»Brüder, zur Sonne, zur Freiheit« - lange her

Der Brundtland-Report on Environment and Development setzte 1987 die Nachhaltigkeit auf die Tagesordnung der Weltpolitik und beschrieb sie so: »*Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.*« Dieses Zitat bildet die Grundlage des Drei-Säulen-Modells der Nachhaltigkeit – also der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension.

In der Agenda 21 von Rio 1992, quasi das Gründungsdokument des Forums, wird dies präzisiert: *»Trotz nachhaltiger schonender Ressourcenbewirtschaftung muss eine Umweltpolitik, die in erster Linie auf die Erhaltung und den Schutz der Ressourcen ausgerichtet ist, auch in gebührender Weise auf diejenigen Menschen Rücksicht nehmen, die zur Sicherung ihrer Existenz auf diese Ressourcen angewiesen sind. Andernfalls könnte eine solche Politik nachteilige Auswirkungen sowohl auf die Armut als auch auf die Chancen für eine auf lange Sicht erfolgreiche Ressourcen- und Umwelterhaltung haben.«*

Heute ist das in Deutschland längst vergessen. In den frühen 2010er Jahren kamen zunehmend gutsituierte Bürgerkinder an ihren Universitäten auf die Idee, Theorien auszubrüten für eine umfassende »Transformation« der Gesellschaft, für »Dekarbonisierung« bis zur »Klimaneutralität«, und das Mittel der Wahl war »Degrowth«, die Umkehr des Wirtschaftswachstums. Schon die abgehobene Sprache verrät, wer hier am Werk ist. Der Konsum arbeitender Menschen, ihr bescheidener Wohlstand wurde zum Kern des Problems erklärt. In dem Maße, in dem Politik und Konzerne diese elitären Theorien (erstaunlicherweise) übernahmen, verwandelte sich Nachhaltigkeitspolitik schleichend zu einer Kampfansage ihrer Protagonisten an das gewöhnliche Volk und seine Lebensgewohnheiten – im Namen des Klimas.

Vor mehr als hundert Jahren versprach die Arbeiterbewegung eine bessere Zukunft für alle. »*Brüder, zur Sonne, zur Freiheit*« war die Hymne der Arbeiterbewegung – und die Schwestern waren natürlich mitgemeint. Als Willy Brandt »mehr Demokratie wagen« versprach, war das genau diese Tradition. Und heute? Was versprechen die deutschen NRO dem Volk? Freiheit jedenfalls nicht, und eine bessere Zukunft auch nicht, aber dafür Verzicht, höhere Steuern und immer mehr Regulierung - und vor allem eine »Transformation«, die kaum jemand ausserhalb der Berliner Blase will. Heute glauben nur noch 8% der Deutschen, der nächsten Generation werde es besser gehen. In kaum einem anderen Land liegt dieser Wert so niedrig.

Als ich vor 45 Jahren anfing, mich politisch zu engagieren, war die Umweltbewegung ein wichtiger Faktor für gesellschaftliche Emanzipation gegen ein autoritär-technokratisches System. Atomanlagen, Chemieanlagen, Flughafenerweiterungen, Giftmüllverklappungen und viele andere Projekte von Staat und Industrie führten zu einem Bündnis von »normalen Menschen«, die ihre Heimat gegen diese Projekte verteidigen wollten, mit dieser erstarkenden Umweltbewegung. Die Diffamierung der Umweltbewegung als »linksradikal« und »von Moskau gesteuert« konnte sie nicht davon abhalten. Viele dieser Projekte endeten als politische Niederlage der herrschenden politischen Klasse und wurden verhindert. Autoritär durchregieren ging irgendwann nicht mehr, gesellschaftlicher Dialog und Interessenausgleich waren angesagt. Die Umweltbewegung hatte

einen wichtigen Anteil daran, eine demokratische Bürger-Gesellschaft aufzubauen, die solche widerstrebenden Interessen ausgleicht statt sie autoritär von oben zu entscheiden.

Those were the days, my friend. Mit »links gegen rechts« hatte das weder damals noch heute etwas zu tun. Aber damals waren Umweltaktivisten »unten gegen oben«, heute sind sie »oben gegen unten«.

Wo einst die Umweltbewegung das Bündnis mit normalen Menschen gegen die Obrigkeit suchte, sind heute professionell agierende Umweltorganisationen (mit »Bewegung« haben die schon lange nichts mehr zu tun) eher dabei, im Bündnis mit der Staatsmacht dem widerstrebenden Volk eine autoritär-technokratische „Transformation" und ein teureres Leben aufzudrücken. Höhere Treibstoffsteuern waren die Initialzündung für die französische »Gelbwesten-Bewegung«, und ihr Motto war: »*Ihr habt Angst vor dem Ende der Welt, wir haben Angst vor dem Ende des Monats, wenn das Konto leer ist*.« Man könnte es für Akademiker auch so formulieren: Diese Leute sind der Ansicht, dass die soziale Dimension der Nachhaltigkeit nicht aus den Augen verloren werden sollte.

Die deutsche »Transformations«-Politik ist noch deutlich schärfer als die französische, und sie zeigt dieselbe soziale Ignoranz. Klima-NGOs begreifen sich heute als Teil der herrschenden Klasse, halten ihre Politik für »alternativlos« und denunzieren Andersdenkende als »Klimaleugner«, »antidemokratisch« und »rechtsradikal«. Sie benehmen sich genau wie diejenigen autoritären Technokraten, pardon Wissenschaftler, die einst Atomkraft, Plutoniumwirtschaft, Gentechnik, die autogerechte Stadt, Neoliberalismus und vieles andere mehr für alternativlos und unverzichtbar erklärt haben. Gegen diese undemokratische Technokratisierung der Politik trat einst die Umweltbewegung an – heute sind Umwelt-NGOs selbst die grössten Verfechter dieser Entpolitisierung von Politik. Man hat ja »die Wissenschaft« an seiner Seite, und die darf »nicht in Frage gestellt werden«. Aber die Realität ist: Nichts ist alternativlos. Es gibt immer Alternativen. Immer. Und der Streit über Alternativen ist der Kern einer freiheitlichen Demokratie – und im Übrigen auch der Kern jedes wissenschaftlichen Fortschritts.

Was haben Sie mit unserem Geld gemacht?

Leider fand ich mich mit diesen Positionen zunehmend in einer Minderheitenposition. Die ersten Begegnungen mit Degrowth-Ideologen fand ich beklemmend, sie erinnerten mich an die Zeugen Jehovas. Nie hätte ich gedacht, dass solche Sektierer wachsenden Einfluss bekommen würden. Aber es war so. Ihre Denke beherrscht heute die deutsche Umwelt-Szene.

Als wir 2013 die Kampagne gegen das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP starteten, dachte ich noch, das Ruder herumreissen zu können. TTIP war eine wunderbare Gelegenheit, das diffuse, namenlose Unbehagen einer grossen Mehrheit der Menschen mit dem Neoliberalismus und anderen Irrwegen der Herrschenden einen Namen und einen Kristallisationspunkt zu geben. Die Wucht der Kampagne übertraf die kühnsten Erwartungen. Sie fand enorme Resonanz in weiten Teilen der Gesellschaft. Es gab einen Satz, mit dem ich jede TTIP-Podiumsdiskussion für mich entscheiden konnte:

»Meine Damen und Herren, vor 25 Jahren konnte man mit einem Durchschnittseinkommen eine Familie gut ernähren. Damals war das Bruttosozialprodukt halb so hoch wie heute. Wir müssten also alle heute doppelt so reich sein. Stattdessen braucht man heute zwei Durchschnittseinkommen, um eine Familie zu ernähren. Wir sind also nur noch halb so reich. Meine Frage an die Vertreter von CDU, SPD, Grünen, FDP hier auf dem Podium: Sie haben in dieser Zeit regiert. Was haben Sie mit diesem ganzen Geld – unserem Geld – gemacht?«

Das reichte, um den Saal auf meine Seite zu ziehen – zumal die Vertreter dieser vier Parteien darauf nie eine Antwort hatten. Denn genau so empfinden es viele arbeitende Menschen: die gesamte politische Klasse und alle ihre Marotten und Schnapsideen werden in erster Linie als Bedrohung des eigenen Lebens wahrgenommen. TTIP wäre eine Gelegenheit gewesen, eine zunehmend auf Abwege geratende NRO-Szene wieder daran zu erinnern, dass auch sie dazu da ist, Politik ***für*** die Menschen zu machen und nicht ***gegen*** sie. Manche nennen so etwas »Linkspopulismus«. Die Wucht der Kampagne war so stark, dass 2016 das ganze TTIP-Projekt längst auf der Intensivstation lag, weil die EU alle für TTIP notwendigen Konzessionen bereits nicht mehr machen konnte, als der Wahlsieg Donald Trumps im November 2016 noch gar nicht vorstellbar war.

Wir gewannen den Kampf gegen TTIP, aber leider trugen weite Teile der grün-linken Szene aktiv dazu bei, diesen Sieg als einen Sieg von Donald Trump gegen die Vernunft hinzustellen. Zwei Tage nach Amtsantritt zerriss Trump im Januar 2017 vor laufender Kamera das transpazifische Freihandelsabkommen – wie er es vor der Wahl versprochen hatte. Unerhört – in Europa haben Grüne oder Sozialdemokraten noch nie ein Wahlversprechen eingelöst, Freihandelsabkommen zu stoppen. Irgendeine Ausrede finden sie immer. Das zivilgesellschaftliche Aussenwirtschaftsforum – eine beliebte Veranstaltungsreihe des Forums – nach Trumps Amtsantritt war eine skurrile Veranstaltung, bei der so mancher TTIP-Gegner gemeinsam mit der früheren Gegenseite plötzlich sein Bedauern zum Besten gab, dass man TTIP nicht rechtzeitig vor Trump über die Bühne gebracht hat. Die Anti-Freihandels-Bewegung fiel 2017 wie ein Kartenhaus zusammen und hatte auch keine Kraft mehr, CETA zu stoppen, als es von den Grünen mit ratifiziert wurde – gegen alle ihre Wahlversprechen. Das Establishment verlor zwar den Kampf um TTIP, aber gewann den Kampf um die »Narrative« des Endes von TTIP, und zwar mit aktiver Unterstützung erheblicher Teile der linksliberalen Pseudo-Intelligentsia.

Von diesem Zeitpunkt an gewann der Schulterschluss weiter Teile der grün-linken Szene, vor allem der Transformations-Ideologen, mit der herrschenden politischen Klasse enorm an Fahrt. Es ging ja jetzt gegen Trump und »die Rechten«, wer auch immer das im Einzelfall sein mochte. Bald erlosch jede Kritikfähigkeit an technokratischer Top-Down-Politik, sobald irgendein »Rechter« sie kritisierte. Als von der Leyen ihren »Green Deal« präsentierte, ein billionenschweres Investitionsprojekt auf Kosten der arbeitenden Klasse, jubelten die NGOs, und fortan gab es zwischen NGOs und herrschenden Parteien vielleicht noch Unterschiede über den Weg zum Ziel, aber über das Ziel herrschte Einigkeit. Kritik am Ziel ist nicht mehr erwünscht.

Deutsche Energiewende – eine »sunk cost fallacy«

Das Paradebeispiel der Transformations-Ideologie ist die inzwischen völlig verkorkste deutsche Energiewende, die nichts mehr mit dem gemein hat, wofür einst die damalige Umweltbewegung antrat. Jeder normal denkende Mensch weiss längst, dass es völlig unmöglich ist, die »Klimaziele« zu erreichen, »klimaneutral« zu werden und die Energiebedürfnisse eines ganzen Landes, schon gar nicht eines Industrielandes, allein mit Strom aus Wind und Sonne zu decken. Aber in Deutschland wagt es niemand zu sagen, nicht weil man ihn inhaltlich widerlegen würde, sondern weil man dann einen veritablen Shitstorm abbekommt und seine Karriere gefährdet.

Ich schaue aus dem Fenster, grauer bewölkter Himmel. Meine Solaranlage liefert jetzt keinerlei Strom. Alle anderen auch nicht. Es ist windstill. Die Windräder liefern ebenfalls nichts. Die Wettervorhersage sagt, es bleibt die ganze Woche so. Der Strom für die Wärmepumpen kommt also aus den verbliebenen Kohlekraftwerken Deutschlands und zunehmend aus den Kohle- und Atomkraftwerken der Nachbarländer. Wer mit Erdgas heizt, heizt definitiv umweltfreundlicher als

mit Kohlestrom. Dasselbe gilt für die Elektroautos, auch diese fahren im Winterhalbjahr meist mit Kohlestrom, da fährt man mit Benzin ebenfalls umweltfreundlicher.

Ich habe heute noch die Energiewende-Szenarien des Öko-Instituts und anderer aus den frühen 1980er Jahren im Regal. Eine Stromversorgung ohne Atom und Kohle wurde dort durchgerechnet und für möglich befunden. Diese Szenarien wären im Prinzip heute noch machbar. Aber niemand kam damals auf die Idee, erstens auch noch Gaskraftwerke abzuschalten und zweitens auch noch den gesamten Gebäudeenergie- und Verkehrssektor zu elektrifizieren. Soviel Strom kann man hier nicht produzieren, schon gar nicht mit Sonne und Wind, und man kann soviel Strom auch nicht importieren. Dennoch machen die deutschen Umweltorganisationen munter Kampagnen gegen sämtliche Formen von Energieerzeugung abgesehen von Wind und Solar, obwohl es auf der ganzen Welt kein einziges Land gibt, das seine Energieversorgung ausschliesslich mit Sonne und Wind abdeckt. Keines. Kein einziges.

Für das Speicherproblem gibt es nicht den Ansatz einer wirtschaftlich oder grosstechnisch machbaren Lösung. Diese Szene erinnert inzwischen an die Kernfusionsforschung: die ist auch schon seit Jahrzehnten immer kurz vor dem Durchbruch, aber leider brauchen sie nochmal ganz viele Milliarden, damit es diesmal wirklich klappt.

Die Konsequenz sind die höchsten Strompreise Europas, obwohl Sonne und Wind doch keine Rechnung schicken – und die deutschen Umweltverbände tun alles dafür, dass sie weiter steigen. Arbeitende Menschen zahlen den Preis für diese unsoziale Ideologie. Ihre Jobs gehen den Bach runter, ihr tägliches Leben wird immer teurer, denn teure Energie ist in allen Produkten und Dienstleistungen enthalten, vom Brot bis zum Warentransport.

Weil die Deutschen es nicht erwarten konnten, bis die EU endlich einen »CO2-Preis« für Endverbraucher einführt, preschten sie 2021 vor. Sie wollen früher »klimaneutral« werden als der Rest der EU. Als wir 1998 eine erfolgreiche Kampagne zur Bundestagswahl für eine ökologische Steuerreform machten, war die zentrale Grundaussage: das Projekt wird aufkommensneutral. Die höheren Energiesteuern fliessen komplett in die Senkung der Rentenbeiträge. Genau so wurde es gemacht. So etwas interessiert heute niemanden mehr. Heute stopft sich der Staat die CO2-Preise in seine immer leere Tasche, verplempert das Geld für irgendeinen Blödsinn, und zurückerstattet wird gar nichts. Die CO2-Preise finden sich in den Kosten aller Waren, die transportiert werden, aller Dienstleistungen, und machen das ohnehin schon ständig teurer werdende tägliche Leben noch teurer.

Wenn es wenigstens dem Luftschloss „Klimaneutralität“ helfen würde – aber das tut es noch nicht mal. Mit Stromimport und Produktionsverlagerung ins Ausland werden die Emissionen nur woanders hin verlagert. Seit fünf Jahren übersteigen Chinas CO2-Emissionen die sämtlicher OECD-Staaten zusammen – unter anderem wegen der enormen Produktionsverlagerungen dorthin. Für das Klima bringen alle diese wirtschaftlichen Opfer, die die Bürger dieses Landes für diese fehlgeleitete Politik erbringen müssen, **absolut gar nichts**.

Vorreiter oder Geisterfahrer

Die EU ist heute noch für gerade mal 6% der Welt-CO2-Emissionen verantwortlich. Alles, was die EU - unter hohen wirtschaftlichen und sozialen Opfern - noch weiter reduziert, spielt für das Weltklima keine Rolle – es sei denn, der Rest der Welt findet die deutsche oder EU-Politik so toll, dass man sie übernimmt. Das wäre die so oft beschworene »Vorreiterrolle«. Der Rest der Welt schaut aber heute ganz im Gegenteil mit einer Mischung aus Verwunderung und Mitleid auf die selbstmörderische Energie- und Klimapolitik der EU – den selbsternannten »Vorreitern« folgt

niemand. Auch diesmal wieder will die Welt einfach nicht am deutschen Wesen genesen. Vorreiter, denen niemand folgt, sind in Wirklichkeit Geisterfahrer. In Kombination mit einer ebenso selbstmörderischen Sanktionspolitik ist diese Politik eine tickende wirtschaftliche und soziale Zeitbombe. Die Verursacher dieser Politik werden von Wahl zu Wahl immer heftiger abgestraft. Eine Kurskorrektur ist dringend angesagt, um schwere wirtschaftliche, soziale und - genau deswegen - auch politische Verwerfungen noch abzuwenden.

Die deutschen NGOs tun aber alles, um genau das zu verhindern. In der Psychologie gibt es die Theorie der »sunk cost fallacy«: man hält um so verbissener an einer Fehlinvestition fest, je mehr Kapital man bereits in sie versenkt hat. Die deutsche Energiewende ist ein Paradebeispiel dafür. Die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und physikalischen Realitäten und den Kampagnen dieser NGOs wächst jeden Tag weiter. Statt daraus irgendeinen grundlegenden Diskussionsbedarf abzuleiten, leugnen deutsche NGOs diese Diskrepanz einfach, leben weiter in ihrem Paralleluniversum und diffamieren alle, die es anders sehen. Die Parallelen zu dem berühmten Film »Goodbye Lenin« sind unübersehbar.

»Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden«

Mit diesem berühmten Zitat von Rosa Luxemburg komme ich nun an den Punkt, wo für mich die heutige NGO-Szene alle roten Linien überschritten hat: das komplett gestörte Verhältnis der heutigen grün-linken Szene zu demokratischen Selbstverständlichkeiten.

In den 1990er Jahren repräsentierten die damals erst seit kurzem so genannten »Nichtregierungsorganisationen« noch ein relativ breites und vielfältiges Spektrum der Gesellschaft, sowohl von ihrer sozialen Zusammensetzung her als auch von ihrer politischen – und häufig auch eher unpolitischen – Ausrichtung. Der Präsident des DNR war CSU-Mitglied, der Vorsitzende des frisch gegründeten Venro CDU-Mitglied – was ihrer politischen Unabhängigkeit allerdings keinen Abbruch tat. Nie wären sie auf die Idee gekommen, aus DNR oder Venro CDU/CSU-nahe Vereine zu machen. Man legte grössten Wert auf parteipolitische Unabhängigkeit und Distanz zu allen Parteien. Auch räumlich war eine Distanz zum Bonner Politbetrieb unübersehbar, die Büros der verschiedenen Organisationen verteilten sich dezentral über die ganze Republik. Es war völlig selbstverständlich, dass Sitzungen ab und zu in Bonn stattfanden, aber eben nur ab und zu. Die Bonner Republik war weitaus weniger zentralistisch organisiert. Auch als Nicht-Akademiker war man damals kein Exot, sondern oft genug sogar in der Mehrheit.

Man musste niemandem beibringen, dass parteipolitische Neutralität und Unabhängigkeit das wichtigste Gut für die eigene Glaubwürdigkeit ist, und die zentrale Voraussetzung für das Recht, öffentliche Fördermittel zu erhalten. Umweltminister Klaus Töpfer erklärte genau dieses zur Bedingung für die Förderung des Forums – und natürlich war für ihn auch klar, dass dies das Recht beinhaltet, die Regierung zu kritisieren. Das galt auch noch in den Zeiten der rot-grünen Regierung 1998-2005, obwohl dort bereits erste Erwartungen geäussert wurden, dass man als von der Regierung geförderte NGO die rotgrüne Regierung doch bitte gegen die Opposition unterstützen sollte. Heute ist das völlig anders, die NGOs sind glasklar Teil eines rot-grünen Spektrums, das gesellschaftlich immer weiter ins Abseits gerät und nur noch wenig mehr als ein Viertel der Wähler anspricht. Man hält öffentliche Förderung von »Nicht-Regierungs«-Organisationen für einen grundrechtsartigen Anspruch, parlamentarische Anfragen darüber für einen Skandal und die Bedingung strikter parteipolitischer Neutralität wird empört zurückgewiesen. Kein Wunder, dass das öffentliche Ansehen solcher Organisationen erheblich zurückgegangen ist.

Ich habe mit Politik begonnen, als man – bei allen Gegensätzen in der Sache – seine politischen Gegner nicht verteufelte, sondern nach einem harten Streit sich die Hand gab und vielleicht sogar ein Bier miteinander trank. Der Bundestag war damals nicht wirklich anders zusammengesetzt als heute – die Bandbreite von linken Grünen bis rechter CDU/CSU entsprach etwa der Bandbreite des heutigen Bundestages, wenn auch anders parteipolitisch sortiert. Von der sozialen Herkunft her war der Bundestag damals allerdings weitaus repräsentativer als das heutige Akademiker- und Beamtenparlament.

Bei aller inhaltlicher Zuspitzung – niemals wäre ich in meiner Zeit als Politiker in den 1980er Jahren auf die Idee gekommen, im politischen Gegner einen Feind zu sehen, den man persönlich fertigmachen muss und es öffentlich zu feiern, wenn sein Auto abgefackelt wird. Im Gegenteil: ich habe mit allen geredet, wirklich mit allen, von der schlagenden Studenten-Verbindung bis zum kurdischen Peschmerga, vom Bund der Vertriebenen bis zur DKP, vom Bundeswehr-Propagandaoffizier bis zum Bezugsgruppen-Pazifisten, von Erich Honecker bis Franz Josef Strauss, von Kim Il Sung bis Mobutu Sese Seko. Ich fand es immer eine Bereicherung, diese ganze Bandbreite der Gesellschaft kennenzulernen - auch wenn es oft eine Herausforderung war, sie auszuhalten. Aber das ist gelebte Demokratie. Wer nur mit Gleichgesinnten redet, verblödet.

Die heutige „NGO-Szene“ ist damit nicht mehr vergleichbar. Nach und nach nahm die Diversität ab, die handelnden Akteure wurden immer homogener: grün-links orientierte urbane biodeutsche Akademiker aus den Berliner Szenevierteln, meist ohne jede Berufserfahrung ausserhalb der Szene, woke und politisch korrekt, mit einem eigenen Sprachduktus und einer Vielzahl sozialer Codes, die sie von der grossen Mehrheit der Normalbürger unterscheiden. Sie fremdeln schon, wenn sie einen Text wie diesen »ungegendert« lesen müssen. Sie bekennen sich ständig zu ihrer »bunten Vielfalt« und tun doch alles, um möglichst nie mit der tatsächlichen Vielfalt dieses Landes konfrontiert zu werden.

Es ist keine Überraschung, dass solche Leute – genauso wie die heutigen herrschenden Parteien – eine Politik machen, die mit den Interessen und Bedürfnissen normaler Menschen kaum noch etwas zu tun hat. Nur in einem solchen Umfeld kann so etwas wie die verkorkste »Energiewende«, »Transformation« und ähnliche politische Ideen entstehen. Weil sich dieses Umfeld gegen jede Kritik abschottet und sich mit Kritikern nicht inhaltlich auseinandersetzt, sondern sie diffamiert, ist es kein Wunder, dass Fehler aus ideologischen Gründen nicht nur nicht korrigiert, sondern noch nicht einmal diskutiert werden. Genau so muss es am Ende der DDR zugegangen sein: alle wussten, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert, aber niemand durfte es sagen. Diese Umgangsformen, diese Denkverbote haben sich inzwischen in der grün-linken Szene breit etabliert.

Es gibt keine »alternativlose« Politik

Es ist das gute Recht aller Bürger, die Politik der herrschenden Parteien und auch der NRO zu kritisieren oder ganz abzulehnen. Es ist ihr gutes Recht, auch alles abzulehnen oder zu hinterfragen, was herrschende Parteien oder NRO als »alternativlos« bezeichnen. Ob es der deutsche Alleingang zur »Klimaneutralität« ist, die autokratischen Massnahmen während der Corona-Hysterie, die selbstmörderische EU-Sanktionspolitik, die Freihandelsideologie, oder die Wahnvorstellung, dass Männer Kinder gebären können: Wenn diese Ideologien wirklich »alternativlos« sind, wird man die Menschen davon sicherlich überzeugen können – und falls das nicht gelingt, sind sie nicht alternativlos. Ein Anliegen mag noch so berechtigt sein, aber wer seine Kritiker zum Schweigen bringen will, diskreditiert dieses Anliegen und sich selbst nachhaltig in den Augen all derjenigen, die nicht sowieso schon davon überzeugt sind.

Ausgrenzen, Zensieren, Diffamieren, jeglichen Dialog verweigern: Das ist das Mittel der Wahl der heutigen grün-linken Szene – und auch der gesamten herrschenden Klasse dieses Landes - im Umgang mit Andersdenkenden. Wenn auf einer Plattform wie X zuviele Andersdenkende unterwegs sind, dann steigt man eben aus und zieht sich dorthin zurück, wo alle in dieselbe Richtung denken. Es sind Umgangsformen, die man nur noch als Demokratie-Katastrophe bezeichnen kann. Meinungsfreiheit heisst eben nicht nur, dass man selber sagen kann, was man denkt, sondern dass man aushalten muss, dass es andere auch tun. Wer die ganze Gesellschaft umkrempeln will, muss auch harten Widerspruch ertragen.

Ein schwarzgrüner Ministerpräsident fordert offen und direkt Zensur und Verbot unliebsamer Medien, und bekommt dafür massenhaft »Likes« aus der grün-linken Szene. Sogenannte NGOs betreiben mit Steuergeld »Meldestellen«, bei denen Denunzianten Regierungskritiker und andere Dissidenten melden können. Da sieht man mehr als deutlich, welch autoritärer Geist diese Szene inzwischen beherrscht. Diese Leute verteidigen keine Demokratie, sondern die schwindende Macht einer aktuell noch herrschenden politischen Klasse – und sind längst selbst zur grössten Gefahr für die freiheitliche Demokratie mutiert. Je mehr sich eine herrschende Klasse in einer Sackgasse verrannt hat, desto aggressiver geht sie gegen andere Meinungen vor.

Kichernde deutsche Staatsanwälte, die im Fernsehen grinsend verkünden, dass sie Regierungskritiker mit Hausdurchsuchungen einschüchtern – auch da klickt ein Grossteil der grün-linken Szene »gefällt mir«, es geht ja gegen die »Rechten«, wer auch immer das sein mag. Journalisten und Publizisten mit »EU-Sanktionen« jenseits aller rechtsstaatlichen Verfahren praktisch ihrer Grundrechte zu berauben, weil sie »prorussische Narrative verbreiten« – die grün-linke Szene findet es gut. Aber die nächste oder übernächste Regierung wird diese Instrumente gegen die Grün-Linken einsetzen, da kichern dann andere Staatsanwälte. Ich kann mich noch an Zeiten erinnern, da war man sich von links bis rechts einig, dass Hausdurchsuchungen zur Einschüchterung von Regierungskritikern in einer Demokratie nichts zu suchen haben. Heute will der staatstragende Teil der Bevölkerung, und dazu gehört auch die NRO-Szene, einen Einschüchterungsstaat. Erdogan lässt grüssen.

Die grün-linke Szene und der NGO-Mainstream treten doch nicht deshalb so vehement für die sogenannte »Brandmauer« ein, weil sie ernsthaft glauben, die AfD wäre eine Neuauflage der NSDAP. Zumindest die Klügeren unter ihnen wissen ganz genau, dass sie nichts anderes ist als die deutsche Version von Meloni, Trump, FPÖ, Wilders, Le Pen, Farage, PiS, Schwedendemokraten usw – Leuten, die woanders schon regiert haben und auch wieder abgewählt wurden. Die »Brandmauer« hat einzig und allein den Zweck, Grüne und/oder SPD für immer in der Regierung zu halten. Nur so kann man verhindern, dass die »Transformation«, die »Klimaneutralität« und andere Wolkenkuckucksheime, die von breiten Mehrheiten im Volk abgelehnt werden, jemals demokratisch abgewählt werden können. Mit einer freiheitlichen Demokratie kann man solche Projekte nicht durchsetzen, dafür braucht man einen autoritären Volkserziehungs-Staat, denn für einen Grossteil der arbeitenden Bevölkerung ist diese »Transformation« längst zur existenziellen Bedrohung mutiert. Eine täglich kleiner werdende rot-grüne Minderheit beansprucht für sich ein Vetorecht gegen den Willen des Volkes, von dem laut Grundgesetz alle Staatsgewalt ausgeht. Eine Perversion all dessen, wofür die Umweltbewegung und andere soziale Bewegungen mal angetreten sind.

Die Initialzündung für diesen zutiefst antidemokratischen Mainstream war die Corona-Hysterie, die in Deutschland länger dauerte und tiefgreifender war als anderswo. Obrigkeitshörige Mitläufer waren in der grün-linken Szene weitaus stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung. Nirgendwo war die Bereitschaft größer, bei der staatlich orchestrierten Hass-und-Hetze-Kampagne gegen viele Millionen sogenannte »Ungeimpfte« mitzumachen. Nirgendwo waren die

Hemmungen kleiner, diese große Minderheit offen zu diskriminieren. Meldeportale für Denunzianten wurden in der Corona-Hysterie erstmals hoffähig. Die »Antifa« mutierte zu gewaltbereiten regierungsnahen Milizen. Ausgerechnet Leute, die jahrzehntelang Kampagnen gegen Gentechnik gemacht haben, übten jetzt massiven Druck auf Leute wie mich aus, die sich weigerten, Versuchskaninchen für einen genmanipulierten sogenannten »Impfstoff« voller gefährlicher Nebenwirkungen zu spielen. Sie glaubten plötzlich Pharmaindustrie und Staat jedes Wort – den gleichen Leuten, denen sie in Sachen Gentechnik jahrzehntelang kein Wort geglaubt hatten. Über soviel kognitive Dissonanz fällt mir bis heute nichts ein. Bis heute ist kaum jemand von diesen Leuten bereit, seine eigene Rolle in diesem kollektiven Wahn kritisch zu hinterfragen. Im Gegenteil, sie würden es jederzeit wieder tun - egal gegen welche Minderheit es beim nächsten Mal geht, egal für welches »hehre« Ziel man es tut. Die Beschwörung eines inneren Feinds, für den die Grundrechte und die Gesetze nicht gelten, ist ein schleichendes Gift, mit dem man die Substanz einer freiheitlichen Demokratie zerstört und nur noch die Fassade stehen lässt. So beginnt Faschismus.

Ich habe alle „Massnahmen« der Corona-Hysterie konsequent boykottiert. Kein einziges Mal habe ich mich maskiert, getestet, geimpft usw. – und bin genau deshalb gesund geblieben, während die Corona-Hysteriker um mich herum von einem »positiven« Test in die nächste Quarantäne gestolpert sind. Merkwürdigerweise glauben viele von ihnen bis heute, sie hätten alles richtig gemacht und ich alles falsch. Nie werde ich vergessen, wie eine Mitarbeiterin nach einem positiven Corona-Test in Todesangst hysterisch schreiend aus dem Büro zum Notarzt rannte – eine Mitarbeiterin, die bei anderen Themen kein Wort Regierungspropaganda glaubte, aber bei der Corona-Hysterie jedes Wort Regierungspropaganda glaubte und noch einen draufsetzte. Oder andere, die sich nur doppelt maskiert ins Büro wagten und angesichts des unmaskierten Chefs sofort auf 5 Meter Distanz gingen. Woher kommt so etwas? Wie kann man seinen Verstand derart selektiv abschalten? Es wird mir auf ewig ein Rätsel bleiben.

Corona war aber für viele andere der Moment, in dem sie verstanden haben, wie mächtig Angst als Manipulationsmittel ist und dass Angstkampagnen nicht nur damals eingesetzt wurden, sondern auch heute noch. Millionen Menschen glauben der herrschenden polit-medialen Klasse seit der Corona-Hysterie kein Wort mehr. Und das ist gut so.

In diesen Jahren dieser Massenhysterie haben alle Menschen ihren wahren Charakter gezeigt, und ich gebe zu: in vielen Menschen hatte ich mich jahrelang, oft auch jahrzehntelang getäuscht. Wer für den autoritären Staat, Zensur und die »Sanktionierung« von Menschen wegen unliebsamer Meinungen eintritt, oder für Aufrüstung und aggressive Aussenpolitik, wer arbeitende Menschen ärmer machen will, ist seit 50 Jahren mein politischer Gegner. Und das wird auch immer so bleiben.

Völkermord: Wir schauen lieber weg

Eine tiefe Enttäuschung war und ist das Verhalten (oder besser Nicht-Verhalten) des weitaus grössten Teils der deutschen NGO-Szene zum Völkermord in Palästina. Bei der bisher mörderischsten Eskalation im 1948 begonnenen zionistischen Kolonialkrieg gegen Palästina haben sich die heutigen staatstragenden NGOs immer komplett auf Regierungslinie bewegt: wegschauen, nichts sagen, alles aussitzen. Kritik an den Tätern kommt erst dann, wenn sie auch von der Regierung kommt. Hunger als Waffe gegen die Zivilbevölkerung – kein Grund für deutsche NGOs, aufzubegehren. Spätestens seit dem Mord an Rabin sagen die Herrscher Israels klar und offen, was sie wollen: das ganze historische Land Palästina *from the river to the sea*, aber ohne seine einheimischen Bewohner. Ethnische Säuberung und Kolonialisierung ist offizielle

Regierungspolitik. In den Zeiten des Internets kann niemand behaupten, er habe es nicht gewusst.

Wer zu diesem Völkermord und dieser ethnischen Säuberungspolitik schweigt, tut es nicht aus Ignoranz, sondern aus Kalkül. Die Chefs deutscher NGOs haben mehr Angst davor, von irgendwelchen Propagandisten als »Antisemiten« beschimpft zu werden als davor, zu Völkermord und Kriegsverbrechen zu schweigen. Die Nazis sind in Serbien einmarschiert – mehr als eine halbe Million Serben starben unter der deutschen Besatzung, 8% der Bevölkerung. Dennoch fanden die Deutschen nichts dabei, 50 Jahre später wieder Serbien zu bombardieren. Die Nazis sind in Griechenland einmarschiert, eine halbe Million Griechen starben, 7% der Bevölkerung. Dennoch fanden die Deutschen 70 Jahre später nichts dabei, Griechenland das härteste denkbare Schuldenregime aufzuzwingen. Die Nazis sind in der Sowjetunion einmarschiert, 26 Millionen Sowjetbürger starben,15% der Bevölkerung, das halbe Land war verwüstet. Dennoch finden die Deutschen nichts dabei, heute ein Sanktionspaket gegen Russland und Belarus nach dem anderen zu beschliessen. Aber wenn es um Israel geht, dann kann man plötzlich wegen der deutschen Vergangenheit nichts machen. Verlogener geht es gar nicht.

Zu den imperialistischen Angriffskriegen der USA, ob gemeinsam mit Israel oder alleine, halten die deutschen NGOs genauso konsequent die Klappe wie die Bundesregierung. In besseren Zeiten hätten wir Massendemonstrationen in Ramstein organisiert und die Schliessung dieser US-Kriegszentrale gefordert. Heute stehen deutsche NGOs der unterwürfigen Vasallentreue der Bundesregierung gegenüber dem US-Imperialismus in nichts nach. Grossdemos macht man stattdessen, wenn die AfD im Bundestag einem bedeutungslosen CDU-Antrag zustimmt – solche absurden Prioritäten hat man halt, wenn ausgelagerte Wahlkampfbüros der Grünen »die Zivilgesellschaft« spielen und faktisch diktieren, zu welchen Fragen Demonstrationen organisiert werden.

Ein orientierungsloses Land

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute in der grössten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise seit 1945. Um das zu ändern, braucht es einen offenen, schonungslosen, öffentlichen Diskurs ohne Tabus. Nichts ist sakrosankt, nichts ist alternativlos. Auch keine »Transformation« und keine Klimaziele, keine »Brandmauer« und keine »Zeitenwende«. Und auch nicht die Rolle von »Nichtregierungsorganisationen« und die Frage, ob sie heute überhaupt noch »Nicht«-Regierungsorganisationen sind. In Zeiten von »Degrowth« und sinkender Massenkaufkraft wird vielen NGOs sowieso das Geld ausgehen. Aber für diesen Diskurs braucht es zuallererst: Mehr Freiheit, weniger Einschüchterung. Weg mit den Meinungskontrolleuren. Alles muss auf den Prüfstand. Und wer den status quo beibehalten will, ist Teil des Problems und der Problemursache.

Die heutige grün-linke Szene hat ihren politischen und moralischen Kompass verloren. Niemand weiss mehr, wofür sie eigentlich steht. In den Augen von immer mehr Menschen stehen sie für moralischen Grössenwahn und arrogante Rechthaberei. »Nicht-Regierungsorganisationen« werden in der Zukunft nur dann noch gebraucht, wenn sie sich aus der Umklammerung durch diese grün-linke Szene lösen, wirklich unabhängig von der Regierung sind und wieder alle Schichten der Gesellschaft ansprechen, nicht nur eine elitäre urban-akademische Blase. Und vor allen Dingen: wenn sie wieder mit arbeitenden Menschen reden und ihnen zuhören, was ihre Bedürfnisse sind, statt ihnen zu sagen, was sie zu tun haben und wofür sie bezahlen sollen.

George Orwell schrieb in »1984«: »*Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke*.« Was als dystopische Überzeichnung gedacht war, wirkt heute in einzelnen sprachlichen Mustern

erschreckend vertraut – immer mit dem Ziel, Herrschaft zu sichern, Kritiker und Alternativen zu diffamieren. Die Grundlage jeder Demokratie ist, dass man diejenigen, die eine andere politische Meinung vertreten, grundsätzlich als gleichberechtigt anerkennt und ihnen auf Augenhöhe begegnet. Es könnte ja sein, dass sie recht haben – und ich nicht. Dieses Land kommt erst dann wieder aus seiner Krise, wenn diese Grundsätze wieder uneingeschränkt gelten.

Umwelt oder Entwicklung

Zusammenfassend habe ich heute durchaus Zweifel, ob die Mission von Rio 1992 – Umwelt und Entwicklung zusammenzubringen statt als Gegensätze zu begreifen - jemals eine Chance hatte. Eines derjenigen Gespräche, das mich am nachhaltigsten beeindruckt hat, war an einem Abend in einer Bar in Kyoto während der Klimakonferenz 1997. Ich sass zufällig mit einem japanischen Mönch zusammen – ja, in Japan gehen auch Mönche in eine Bar. Wir stellten uns vor, und als er »Forum Umwelt und Entwicklung« hörte, widersprach er sanft aber bestimmt: Beides zusammen gehe nicht, man müsse sich entscheiden, Umwelt oder Entwicklung. Damals habe ich leidenschaftlich widersprochen. Es wurde ein sehr langes Gespräch, und ich glaube, es hat uns beide bereichert. Heute muss ich sagen: er hatte wahrscheinlich recht. Zumindest wenn man »Umwelt« auf einen Klimaneutralitäts-Fundamentalismus reduziert, ist es definitiv so. So gesehen ist Rio gescheitert. Vielleicht sollten sich Intellektuelle und NGOs aus den absteigenden Degrowth-Gesellschaften des Westens aus dieser Debatte einfach mal raushalten und sie den sich rasch entwickelnden Gesellschaften der »Schwellenländer« des Südens überlassen. Ich bin sicher: Von denen kommen bestimmt brauchbarere und realitätstauglichere Impulse.

Das war‘s

Viel Resonanz auf diese ehrliche Bilanz erwarte ich nicht. Solche grundsätzlichen Debatten sind heute nicht mehr en vogue, das gesellschaftliche Klima ist dazu viel zu vergiftet. Fehlentwicklungen einzugestehen und zu korrigieren, hält man heute für ein Zeichen der Schwäche, obwohl es ein Zeichen von Stärke ist. Wer mir dennoch antworten möchte: gerne an j.maier@interia.pl